



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 362 Postulat Kurmann Michael und Mit. über Wogen glätten am Baldeggersee / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 362 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Michael Kurmann, vertreten durch Adrian Nussbaum, hält an der Dringlichkeit fest.

Adrian Nussbaum: Die Regierung lehnt die dringliche Behandlung ab. Aus Sicht der Regierung ist die Haltung nachvollziehbar, denn sie befindet sich in mehreren Rechtsverfahren. Aus unserer Sicht sieht die Ausgangslage aber anders aus. Ich bin der Meinung, dass man die Regierung heute dazu auffordern sollte, die Problematik des Ammoniaks und Phosphors rund um den Baldeggersee nicht mit Juristen, sondern am runden Tisch unter Einbezug einer externen Mediation zu lösen. Es geht um diese Forderung, und darüber sollte heute diskutiert werden und nicht erst in einem halben Jahr, wenn bereits viel passiert ist. Aus Sicht der CVP-Fraktion sind darum politisch die Voraussetzungen für die Dringlichkeit gegeben, und ich bitte Sie, uns zu unterstützen.

Andy Schneider: Die SP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Das Kriterium D für die dringliche Behandlung ist nicht erfüllt, denn das Anliegen tangiert zwei laufende Verfahren. Selbst der oberste Bauer des Kantons Luzern, Kobi Lütolf, hat sich gegen ein Gespräch zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Es braucht zuerst Entscheide der Regierung und des Kantonsgerichtes. Ich möchte festhalten, dass bereits seit Jahren mit der Begleitgruppe und in Mediationen sehr viele Gespräche geführt wurden. Wenn die Entscheide vorliegen, sind zwingend lösungsorientierte Gespräche notwendig, damit Gesetze nicht weiter verschleppt, sondern konsequent umgesetzt werden. Die SP fordert somit einen stringenten Vollzug und lehnt die Dringlichkeit ab.

Monique Frey: Ich danke für die Einreichung dieses Vorstosses. Michael Kurmann ist es wohl wirklich wichtig, hier eine Lösung mit allen Beteiligten an einem Tisch zu finden. Er versteht auch den Vorstoss der Naturschutzorganisationen, welcher mehr als berechtigt ist in dieser jahrzehntelangen Herausforderung. Nichtsdestotrotz ist aufgrund der Dringlichkeitskriterien klar, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen können, denn es gibt laufende Verfahren. Es gab bereits viele runde Tische, und man hat wirklich versucht, intensiv zusammen daran zu arbeiten. Leider hat man keine Nägel mit Köpfen gemacht. Es ist schade, dass es so weit kommen musste. Dieses Thema muss jedoch nicht heute im Rat diskutiert werden. Die G/JG-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Themen der Landwirtschaft und der Umwelt haben in den letzten Jahren vermehrt zu kontroversen Auseinandersetzungen geführt. Darum haben wir im Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) Ende 2019 das Projekt «Perspektiven Landwirtschaft und Umwelt» ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Projektes führen wir seit Anfang 2020 einen runden Tisch unter der Leitung eines externen Mediators durch. An

diesem runden Tisch sind Vertreter von verschiedenen Organisationen aus den Bereichen Umwelt und Landwirtschaft mit dabei. Die kontroversen Meinungen werden offen diskutiert, und man tauscht sich aus. Auch bei umstrittenen Projekten im Bereich der Phosphor- und Ammoniakproblematik hat ein intensiver Austausch mit den verschiedenen Organisationen stattgefunden. Beim Projekt Phosphor wurde nun eine Erlassprüfung von Landwirten beim Kantonsgericht eingegeben. Das Kantonsgericht wird darüber entscheiden müssen. Zudem haben die Umweltverbände eine aufsichtsrechtliche Anzeige gegen das BUWD eingegeben, die von der Regierung behandelt werden muss. Das ist ihr gutes Recht, hat aber Einfluss auf das weitere Vorgehen. Mit Blick auf die laufenden Verfahren sieht die Regierung zum jetzigen Zeitpunkt keinen Spielraum, und darum lehnt sie die Dringlichkeit ab. Wie die Medien berichtet haben, wird das auch von den Verbänden der Umwelt und der Landwirtschaft so beurteilt. Mit diesen Feststellungen empfehlen wir Ihnen, die Dringlichkeit dieses Postulats abzulehnen. Nach Abschluss der Verfahren wollen wir aber sicher den bestehenden runden Tisch und die Gespräche mit beiden Seiten weiterführen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.